



Wir stehen erst am Anfang der Menschwerdung. Anatomisch gesehen, ist der Mensch wenige hunderttausend Jahre auf der Welt, verhaltensmäßig spricht die Anthropologie von vielleicht 50 bis 100 000 Jahren. Gemessen an den Millionen Jahren von Evolution, die in allen Bereichen des Lebens komplexeste Formen hervorgebracht hat, ist das nichts als ein Augenblick. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich *homo sapiens* - vorausgesetzt, das von ihm an den Tag gelegte Zerstörungstalent lässt ihm Zeit dazu – nicht noch zu einem wirklich intelligenten Wesen entpuppt, individuell wie als Schwarm.

In diesem Hoffnungsprozess dürfen wir nicht Zuschauer bleiben. 500 Jahre Sklaverei und Kolonialismus, die Eroberung Nordamerikas durch den „weißen Mann“, die offenen Adern Lateinamerikas, Apartheid, Nationalsozialismus, Kosovo, jetzt Syrien, das sind Erscheinungen und Ereignisse, die daran zweifeln lassen, ob unsere Menschwerdung einen guten Start hatte. Weniger spektakulär, aber ebenso nachhaltig negativ ist die offenbar fest betonierte Diskrepanz zwischen Nord und Süd, den Vielen, die in Armut, Hunger und Krankheit leben. Wenn wir darüber nachdenken, welche Art von Gesellschaft wir wollen, welche Art von Leben in unseren Städten uns lebenswert erscheint, müssen wir diese Denk-Arbeit in den Kontext der Menschwerdung stellen. Es darf kein bloßes Gedankenspiel eines regnerischen Urlaubstags sein.

Seit Ende 2010 leben erstmals mehr Menschen in städtischen Siedlungsformen als in ländlichen. Dieses Entwicklungsdatum macht deutlich, welche Verantwortung den Stadtgesellschaften heute und im weiteren Verlauf zukommt. Es erhebt sich daher die Frage, was der Inhalt eines urbanen Bewusstseins, eines städtischen Gemeinns in der Moderne sein muss. Die historisch aus der Liebe zur Natur erwachsene grüne Weltanschauung verpflichtet uns heute zu mehr. Neben mehr Radwegen und Solarzellen, neben Lärmschutz, Reduzierung von CO₂ und ökologischem Gleichgewicht geht es konkret um die Frage der Solidarität. Kann die moderne Stadt eine Solidargemeinschaft sein?

Wenn wir das wollen, ergeben sich daraus Forderungen für unser politisches Handeln, nach außen und nach innen. Stärker als bisher müssen wir traditionell als „Außenpolitik“ und daher nicht Stadtsache betrachtete Themen einbeziehen. Wer sind unsere Wirtschaftspartner, die internationalen Konzerne oder die repressiven Regime, also die Ausbeuter und Diktatoren? Oder sind es die arbeitenden Menschen, bei uns und in den Ländern, aus denen die Waren kommen, die wir verbrauchen? Dass Bremen „Hauptstadt des Fairen Handels 2011“ wurde, ist zwar auch Belohnung für schon Geleistetes, sollte für uns aber vor allem Richtschnur der Politik der kommenden Jahre sein.

Die Europäer tendieren dazu, auf den eigenen Nabel zu starren. Die Eurokrise hat ihre Hoffart erschüttert. Jetzt geht es uns an den Kragen, ist eine verbreitete Angst, eine Angst, die für die Mehrheit der Menschen außerhalb Europas Alltagserfahrung ist. Vereinzelt nur erheben sich Stimmen, die angesichts der um sich greifenden Griechenlandhetze, die Italien und Spanien ebenso droht, an die Bedeutung des Mittelmeerraumes für die gesamte Kultur der Moderne verweisen.

Bremen sollte in vorderster Linie um den Erhalt des ganzen Europa bemüht sein. Eine wahrhaft europäische Stadt zu sein, empfiehlt sich von daher als eines der wichtigsten

Merkmale unseres Leitbildes für Bremen. Nicht als Wortgeklingel, sondern als mit entscheidendes Kriterium für legislative Willensbildung und exekutive Umsetzung.

Beide Handlungszusammenhänge, das Außen wie das Innen, legitimieren sich auch mit der nachhaltigen Orientierung an den Zielen der gesellschaftlichen Partizipation, der zeitgemäßen Weiterentwicklung unserer demokratischen Strukturen und der Stärkung der Menschen- und Bürgerrechte im Bundesland Bremen, aber auch im Sinne unseres Standorts im föderativen Deutschland und in der EU. Wie können wir unsere diesbezüglichen Positionen stärker auf Bundes- und Europaebene geltend machen? Allzu oft wird der formal berechnete Hinweis auf bundes- oder europarechtliche Zuständigkeiten dazu benutzt, auf politische Initiativen zu verzichten oder sie zurückzustellen. Etwas mehr Mut und Selbstbewusstsein in dieser Hinsicht könnte ein sinnvoller Beitrag zur Erhaltung der Selbstständigkeit Bremens als Bundesland sein.

Demokratie und Menschenrechte im Stadtstaat, das verlangt nach weiterem Ringen um Integration, Partizipation und Verankerung der gesellschaftlichen Pluralität in den Köpfen wie in der Praxis. Die Modernisierung des Wahlrechtes ist eine wesentliche Zielsetzung dafür, ebenso die Arbeit an notwendigen legislativen Reformen und Ergänzungen. Wenn die verschiedenen Communities in Bremen in gegenseitiger Akzeptanz ihrer Vielfalt mit einander leben sollen, braucht es dafür einen institutionellen Rahmen, Strukturen, in denen der gesellschaftliche Konsens wirksam wird, verbindliche Verabredungen darüber, wie das Miteinander in den Lebensfeldern Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Gesundheit, Freizeit etc. funktionieren soll. Diese Vereinbarungen zu erarbeiten und dafür auch außerhalb der Gremien und Ressorts Akzeptanz zu erwirken, muss jetzt in Angriff genommen werden.

Was sich in vielen mehrheitlichen oder sogar einstimmigen Beschlüssen der Bürgerschaft bereits widerspiegelt, ist in den Fachbereichen und Verwaltungsstrukturen noch nicht so weitgehend entfaltet: die Verinnerlichung eines integrativen, partizipatorischen Gesellschaftsmodells nicht nur als Fernziel, sondern als heute relevanter Handlungsansatz. An diesem Mainstreaming des einzig möglichen Ansatzes, der das Auseinanderbrechen der Gesellschaft verhindern kann und Nachhaltigkeit im Sinne einer organischen, solidarischen Stadt verspricht, müssen wir arbeiten.